

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

Der Schwarzmeer-Raum, einschließlich der Länder des Südkaukasus, hat in den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung für die Europäische Union gewonnen, sei es als wichtiger Transitraum für die Versorgung der europäischen Märkte mit Erdöl und Erdgas, als Herd neu aufbrechender „gefrorener“ Konflikte oder als Zielraum teils konträrer geostrategischer und sicherheitspolitischer Interessen seitens der EU, Russlands, der NATO, der Vereinigten Staaten und der Türkei. Entsprechend hat sich die Südosteuropa-Gesellschaft in den letzten zwei Jahren im Rahmen mehrerer internationaler Konferenzen mit den Chancen und Hindernissen einer regionalen Kooperation in diesem Raum beschäftigt – die Südosteuropa Mitteilungen haben darüber berichtet. Dimitrios Triantaphyllou und Yannis Tsantoulis stellen unseren Lesern am Anfang dieses Heftes die aktuellen Instrumente der Europäischen Union gegenüber den Nachbarn im Osten vor. Die EU-Programme der „Eastern Partnership“ und der „Black Sea Synergy“ bedürfen dringend der Koordination und Konkretisierung, um eine nachhaltige Wirkung in den Zielländern zu entfalten, so das Urteil der Autoren. Von einer konsistenten „Ostpolitik“ sei die EU jedenfalls noch entfernt.

Mit Fragen des Identitätsverlusts und der Wertorientierung in den neuen südosteuropäischen Demokratien beschäftigen sich Josip Madunić am Beispiel Kroatiens und Jürgen Henkel an dem Rumäniens. Madunić interpretiert den wachsenden Euroskeptizismus der kroatischen Bevölkerung vor allem als Angst vor dem Verlust nationaler Identität bzw. Souveränität und als Frustration über den verzögerten EU-Beitrittsprozess. Im Gegensatz zur Skepsis beim Volk diagnostiziert der Autor einen ungebrochenen pro-europäischen Kurs der politischen Eliten im Land. In Rumänien – wie in anderen ex-sozialistisch-totalitären Staaten – trat nach der Wende anstelle der „Schere im Kopf“ ein „ideologischer *horror vacui*“, so Henkel. Für die weit verbreitete Lethargie und Politikverdrossenheit (die sich zuletzt an einer extrem niedrigen Wahlbeteiligung bei den Europawahlen ausdrückte) sei unter anderem verantwortlich, dass sich „die bisherigen Machthaber häufig genug in wichtige Schaltstellen des neuen Systems hinüberretten konnten“. Die Flucht in Materialismus und Konsumismus sei die dominante Form der Wendebewältigung. Henkel beschreibt gleichwohl auch eine ganz andere Form der Sinnstiftung in Rumänien, die sich in einem bemerkenswerten religiösen Aufbruch und einer neuen Blüte des kirchlichen Lebens ausdrückt.

Auch in Bulgarien leiden die politischen Institutionen und Eliten unter einer massiven Vertrauenskrise bei der Bevölkerung – einer der wesentlichen Gründe für den Überraschungssieg der populistischen GERB und ihres charismatischen Vorsitzenden Bojko Borisov bei den jüngsten Wahlen zum Europäischen und zum nationalen Parlament. Die Wahlanalyse von Michael Hein ist Auftakt eines Schwerpunkts zu Bulgarien in diesem Heft. Sonja Schüler sieht in der Krise der politischen Repräsentation in Bulgarien nicht nur ein Entwicklungshemmnis,

sondern auch einen möglichen Motor für gesellschaftliche Selbstorganisation. Mit Schwerpunkt auf dem Bereich Umweltschutz untersucht sie die Ziele, Beweggründe, Strukturen und Limitierungen der zahlreichen Initiativen, Interessensgruppen, Verbände, Stiftungen und Clubs, die in Bulgarien nach der Wende entstanden sind. Sie erschließt damit einen zunehmend wichtigen und sicherlich zu wenig wahrgenommenen Bereich der politischen und gesellschaftlichen Realität in Bulgarien.

Der Bulgarien-Schwerpunkt wird abgerundet mit einem Portrait von Filip Dimitrov, einem der ersten Premierminister der bulgarischen Nachwende-Ära. Klaus Schrameyer sieht in ihm den führenden Protagonisten des modernen bulgarischen Staates, seiner rechtsstaatlichen Institutionen und des Kampfes gegen das Erbe des Kommunismus. Schrameyer interpretiert es als bedauerliches Signal, dass Dimitrov vor gut einem Jahr Bulgarien verließ und damit dem Beispiel von Millionen vor allem junger Bulgaren folgte, die ihr Land verlassen haben, weil sie das Vertrauen in eine nachhaltige Verbesserung der Situation verloren. – Eine Mehrheit der im Land zurück gebliebenen Menschen hat nunmehr ihre Hoffnung in Bojko Borisov gesetzt, der seinen Willen zu den versprochenen grundlegenden politischen Reformen noch unter Beweis stellen muss. In Bulgarien sowie in Rumänien bleiben noch viele Reformaufgaben zu erledigen. Das zeigen unter anderem die neuesten Fortschrittsberichte der Europäischen Kommission zu Bulgarien und Rumänien, die in unserem Dokumentationsteil wiedergegeben sind.

Eine aufschluss- und erkenntnisreiche Lektüre wünscht Ihnen

Ihre Redaktion

Hansjörg Brey

Claudia Hopf